

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 164 (1998)
Heft: 7-8

Artikel: Kleinstaaten und Europa
Autor: Seiler, Hansjörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-65337>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

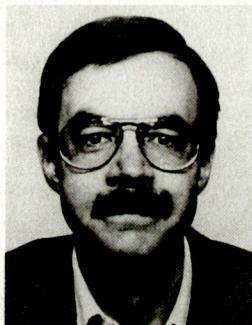
Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kleinststaaten und Europa

Hansjörg Seiler

In der Schweiz gibt es keine Europa-Diskussion – bloss eine EU-Beitrittsdiskussion aus helvetozentrischer Optik. Gewiss ist diese Frage wichtig. Trotzdem sollte man sich in etwas grundsätzlicherer Betrachtung gelegentlich vergegenwärtigen, dass Europa nicht dasselbe ist wie die EU und dass die Frage eines schweizerischen EU-Beitritts weder für die Schweiz noch für die EU noch für Europa und schon gar nicht für die Welt die einzige relevante Frage darstellt. Eine etwas grundsätzlichere europapolitische Diskussion ist notwendig.



Hansjörg Seiler,
PD Dr. iur.,
Fürsprecher,
Terrassenweg 31,
3110 Münsingen.

Seit Jahrhunderten gehört es zur europäischen Geschichte, dass es Grossmächte und Kleinststaaten gibt. Grosse wurden klein und kleine gross, andere blieben seit Jahrhunderten gross oder klein: Konstanz im Wandel.

In den letzten Jahren zeichnet sich eine paradoxe Entwicklung ab: einerseits entstanden zahlreiche neue Kleinststaaten durch Auflösung bisheriger Gross- oder Mittelmächte.

Europäische Integration: Bedrohung oder Untergang der Kleinstaatlichkeit?

Andererseits wird die sich zunehmend vertiefende Europäische Union zur dominierenden Kraft Europas, der auch die meisten der eben erst neu entstandenen Kleinststaaten beitreten möchten. Was bedeutet das für die Kleinststaaten im allgemeinen und für die Schweiz im besonderen?

Die Meinungen sind unterschiedlich:

■ Für die einen ist die Europäische Union eine *Bedrohung* der Kleinststaaten: Diese geben ihre Souveränität an «Brüssel» ab, welches im wesentlichen von den Grossen dominiert wird.

■ Für die anderen ist die Europäische Union dagegen die *Rettung* der Kleinststaaten, ein Selbsthilfeeinstrument, mittels welchem diese auch gegenüber den Grossmächten ihre Interessen wirksam vertreten können. Ist die europäische Integration nun Untergang oder Triumph europäischer Kleinstaatlichkeit?

Heutige EU

Die heutige EU liegt zwischen zwei Polen: Sie ist mehr als ein blosser Staatenbund zur gemeinsamen Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder. Sie ist supranational; die Mitgliedstaaten haben erhebliche Teile ihrer Souveränität an die Gemeinschaft abgetreten. In der Aussenwirtschaftspolitik tritt die EU als eine einheitliche Macht auf. Andererseits ist sie kein Staat im Sinne des herkömmlichen Völkerrechts. Ihre Institutionen bestehen in wesentlichen Teilen (Europäischer Rat, Ministerrat, COREPER) aus Vertretern der Mit-

gliedstaaten, welche diese Instrumente primär dazu benützen, ihre einzelstaatlichen Interessen durchzusetzen.

Künftige Entwicklung der EU

Eine vernünftige Beurteilung darf sich nie auf eine bloss Momentaufnahme stützen. Sie muss die absehbaren oder möglichen zukünftigen Entwicklungen einbeziehen. Die Zukunft der EU scheint heute ungewisser denn je; folgende Extremszenarien sind denkbar:

■ Die EU reformiert ihre Strukturen nicht; sie wird immer schwerfälliger und handlungsunfähiger. In der Folge wird sie, wenn nicht aufgelöst, so doch an Bedeutung erheblich verlieren. Es wird auch für Kleinststaaten immer unwichtiger, ob sie EU-Mitglied sind oder nicht.

■ Die EU reformiert ihre Strukturen und vertieft die Integration. Sie entwickelt sich zu einem Gebilde herkömmlicher (Bundes-)Staatlichkeit. In einem solchen Szenario verlieren die Mitgliedstaaten ihren Status als Staaten. Die EU wird zur Grossmacht, vergleichbar den USA.

Zwischen diesen beiden Szenarien gibt es verschiedene Mischformen.

Welches dieser Szenarien wird eintreffen? Zu bedenken ist folgendes:

Über den Hebel der wirtschaftlichen Integration hat sich in den letzten Jahrzehnten eine *Eigendynamik* entwickelt, welche eine zunehmende enge politisch/rechtliche Integration nach sich gezogen hat. Das ist nicht erstaunlich, denn wirtschaftliche und politische Integration können logisch nicht getrennt werden: Die EU basiert auf dem Konzept des «unverfälschten Wettbewerbs» bzw. des einheitlichen Wirtschaftsraums. Die Wirtschaft bedarf politisch/rechtlicher Rahmenbedingungen; Politik besteht zum grössten Teil darin, diese Rahmenbedingungen festzulegen; unterschiedliche Rahmenbedingungen verfälschen den Wettbewerb. Die Aufhebung dieser Verfälschung bedingt eine Harmonisierung der Rahmenbedingungen und folglich eine Harmonisierung der Politik. Solange der Binnenmarkt als oberstes Ziel der EG gilt, spricht daher die Systemlogik für eine immer zunehmende Zentralisierung. Das bestätigt sich empirisch: Auch fünf Jahre nach der offiziellen Verankerung des Subsidiaritätsprinzips lässt sich in der EU keine effektive Re-Dezentralisierung feststellen; im Gegenteil: Die Zentralisierungstendenzen nehmen weiterhin zu, und die Währungsunion wird diese Tendenz weiter verstärken.

In diesem Lichte spricht eine erhebliche Wahrscheinlichkeit für eine weiterhin zunehmende Zentralisierung der EU, und zwar unabhängig davon, was die heute agierenden Politiker wollen oder ihren Bevölkerungen weismachen versuchen.

Die Frage nach dem Sinn und Zweck der europäischen Integration

Angesichts dieser Perspektiven wird es gelegentlich Zeit, sich die Frage nach dem Sinn und Zweck der europäischen Integration zu stellen. Diese Frage wird weitgehend tabuisiert: Integration und Einigung gelten als Selbstzweck; diskutiert werden allenfalls Modalitäten, Geschwindigkeit und Detailausgestaltung der Integration; das Ziel als solches wird weder problematisiert noch reflektiert. Die am häufigsten vorgebrachte Begründung für die Integration ist zugleich diejenige, die am wenigsten überzeugt, nämlich das Argument, sie sei notwendig, um den Frieden in Europa zu wahren. Das Argument basiert auf einem Kriegsbild von vorgestern. In Wirklichkeit entstehen Kriege nicht zwischen Staaten, sondern zwischen Bevölkerungsgruppen mit verschiedenen Ideologien oder Interessen. Ob die Grenzen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen mit Staatsgrenzen parallel verlaufen, ist dafür unerheblich. In den letzten 50 Jahren gab es weltweit zirka 200 grössere bewaffnete Konflikte. Die allermeisten davon waren Kriege zwischen Bevölkerungsgruppen in ein und derselben politischen Einheit. Auch Ex-Jugoslawien war, was die EU ist oder werden will: eine wirtschaftliche, politische und Währungsunion; trotzdem versank es in Blut und Tränen. Umgekehrt leben die meisten Staaten dieser Welt mit ihren Nachbarstaaten friedlich zusammen, auch wenn sie nicht mit ihnen politisch/wirtschaftlich integriert sind. Kurz: Integration ist weder notwendige noch hinreichende Voraussetzung für Frieden.

Integration als Grossmachtpolitik

Hat man dies einmal erkannt, verliert die Frage der europäischen Integration den falschen Moralismus, der häufig mit ihr verbunden wird. Die wirkliche Triebkraft hinter der europäischen Integration ist der Wunsch, die europäischen Interessen weltweit zu wahren. Das ist herkömmliche europäische Grossmachtpolitik.

Die Frage nach der *Wünschbarkeit* der europäischen Integration lautet in Wirklichkeit: ist es wünschbar, dass die Welt aus einigen wenigen Blöcken besteht (deren einer das integrierte Europa ist)? Die Antwort auf diese Frage hängt von grundsätzlichen staatsrechtlichen Konzeptionen ab, auf die hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann; wichtig ist aber die Erkenntnis: soweit das Szenario «Zentralisierung» zutrifft (wofür eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht), ist die europäische Integration in der Tat ein Gegensatz zur europäischen Kleinstaatlichkeit: Sie strebt europäische Weltgeltung an, die dem kleinstaatlichen Ideal fremd ist.

Integration als Überwindung des Nationalismus?

In diesem Lichte ist kaum verständlich, wie die europäische Integration als Überwindung des Nationalismus betrachtet werden kann: Nationalismus als übersteigertes kollektives Geltungsgefühl hängt nicht notwendigerweise zusammen mit dem Begriff der Nation in einem ethnischen oder kulturellen Sinne: es gibt z.B. einen US-amerikanischen, einen schweizerischen oder einen indischen Nationalismus, obwohl diese Staaten im ethnisch-kulturellen Sinn Vielvölkerstaaten sind. Und genauso kann es einen Euro-Nationalismus geben, obwohl Europa keine ethnische Einheit ist.

Es gibt enge Parallelen zwischen der europäischen Einigungsbewegung und den nationalen Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts. Beide waren bzw. sind geprägt von einer Mischung aus irrational-romantischem Einheitsmythos, missionarischem Fortschritts- und Sendungsbewusstsein und wirtschaftlich/politischem Machtstreben. Dieses Konglomerat führte im 19. Jahrhundert zu einem übersteigerten Nationalismus in den neu gebildeten Nationen. Und die mit der Vertiefung der europäischen Integration einhergehende Betonung gemeinsamer europäischer Werte und Identität wird zu einem übersteigerten Euronationalismus führen.

Ein deutscher oder britischer Nationalismus ist nicht besser als ein bayrischer oder schottischer. Warum soll ein europäischer Nationalismus besser sein als ein deutscher oder britischer?

Die schweizerische EU-Diskussion

Bei nüchterner Betrachtung kann man nur staunen ob dem Stil der aktu-

ellen schweizerischen EU-Beitritts-Diskussion.

Beitrittsgegner vergleichen EU-Realitäten mit schweizerischen Idealen, die der Realität auch nicht entsprechen. Sie beschwören eine Unabhängigkeit, die faktisch nie bestanden hat und negieren Anpassungszwänge, die wohl theoretisch-rechtlich, aber nicht praktisch-politisch vermieden werden können.

Beitrittsbefürworter kämpfen, als hätte ein EU-Beitritt etwas mit «Offenheit» zu tun; sie schreiben schweizerische Krisen und Missstimmungen der fehlenden EU-Mitgliedschaft zu, wie wenn es ähnliche Erscheinungen nicht auch in EU-Mitgliedstaaten gäbe; sie kritisieren einen schweizerischen Egoismus, wie wenn ein europäischer Egoismus moralisch höherwertig wäre. Am erstaunlichsten aber ist, dass manche einen schweizerischen EU-Beitritt als mutige, fortschrittliche oder gar visionäre Tat hinstellen; was soll denn mutig daran sein, wenn die Schweiz als 26. oder 31. Staat auch noch der EU beitrifft? Es ist vielmehr die banalste und naheliegendste Möglichkeit, welche die Schweiz hat. Die einzige Option, die Mut und Visionen braucht, besteht heute darin, der EU *nicht* beizutreten.

Die schweizerische EU-Beitrittsfrage ist zum einen eine Frage des Erbsenzählens. Warum werden immer wieder Studien angefertigt über die Folgen eines schweizerischen EU-Beitritts? Diese Folgen sind seit langem bekannt. Viel interessanter und notwendiger wären deshalb Studien über die Folgen eines *Nicht-Beitritts*. Es müssten in erster Linie unvoreingenommen und offen die effektiven Handlungsmöglichkeiten eines Kleinstaates in Europa ausserhalb der EU untersucht werden.

Zum andern ist es eine Frage der grundsätzlichen Einstellung zur Kleinstaatlichkeit: Für Vertreter des Grossstaatsgedankens ist selbstverständlich die europäische Integration positiv zu würdigen. Für Vertreter des Kleinstaatgedankens kann hingegen der Zusammenschluss von Kleinstaaten zu Grossmächten kein Selbstzweck sein. Es stellt sich alsdann die Frage, ob es für Europa und die Welt sinnvoll sein kann, dass es mitten in der EU ein System gibt, welches bewusst der europäischen Grossmachtpolitik eine Absage erteilt. Das ist die grundsätzliche politische Frage, die sich stellt. Wer den Anspruch erhebt, Europapolitik über pragmatischen Opportunismus hinaus zu denken, der wird sich damit befassen müssen. ■